

Öffentliche Ausschreibung über Rahmenvereinbarungen über die Durchführung des Sonder-Wasserzählerwechsels im Landkreis Vechta - Versorgungsgebiet des Oldenburgisch- Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV)

Anlage A – Rahmenvereinbarung

Auftraggeber:	OOWV
Vergabenummer:	2026-04666
Vergabeart:	Öffentliche Ausschreibung (VOB/A)
Ablauf der Abgabefrist:	11.06.2026, Eingang: 11:00 Uhr
Abgabeort:	Für dieses Verfahren ist <u>ausschließlich eine elektronische Abgabe (in Textform)</u> zugelassen. Bitte nutzen Sie hierzu ausschließlich das Deutsche Vergabeportal http://www.dtv.de/Center

**Rahmenvereinbarung
über die Durchführung des Sonder-Wasserzählerwechsel im Landkreis Ammerland -
Versorgungsgebiet des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes**

Präambel

Der OOWV hat nach vorheriger Öffentlicher Ausschreibung mehrere Auftragnehmer für den Abschluss dieser Rahmenvereinbarung ausgewählt. In der Rahmenvereinbarung werden die Bedingungen für den Abschluss von Einzelverträgen zwischen dem Auftraggeber und den Auftragnehmern über die Durchführung des Sonder-Wasserzählerwechsel im Landkreis Ammerland im Versorgungsgebiet des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes (OOWV) festgelegt. Außerdem werden die wesentlichen Regelungen, nach denen die Einzelverträge abzuwickeln sind, vereinbart. Diese Rahmenvereinbarung begründet keinen Rechtsanspruch der Auftragnehmer auf Abschluss von Einzelverträgen. Die Geltung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Auftragnehmers ist ausgeschlossen, selbst wenn in Einzelkorrespondenz auf solche hingewiesen wird.

§ 1

Vertragsgegenstand

(1) Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung ist die Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens zum Abschluss von Einzelverträgen über die Durchführung des Sonder-Wasserzählerwechsel im Landkreis Vechta - Versorgungsgebiet des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes, insbesondere nach Maßgabe der in der Leistungsbeschreibung mit Leistungsverzeichnis näher definierten Spezifikationen und Anforderungen. Die Rahmenvereinbarung begründet keine Abnahme- und Leistungsverpflichtungen. Derartige Pflichten werden erst durch den Abschluss von Einzelverträgen begründet.

(2) Nach Abschluss des vorausgehenden Vergabeverfahrens hat der Auftragnehmer mit dieser Rahmenvereinbarung den Zuschlag für das nachfolgend genannte Los erhalten:

- ☐ Los 1: Landkreis Vechta – Stadt Lohne (Region 1)

§ 2

Vertragsbestandteile

Als Vertragsbestandteile gelten ergänzend und nachrangig zur Aufforderung zur Angebotsabgabe und dieser Rahmenvereinbarung:

1. Leistungsbeschreibung mit Leistungsverzeichnis (Anlage A1)
2. Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB) (Anlage A3)
3. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen – VOB/B, Ausgabe 2016
4. das Angebot des Auftragnehmers einschließlich seiner Anlagen

§ 3

Auswahl des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber hat das Recht, nach den Bedingungen dieser Rahmenvereinbarung mit dem Auftragnehmer Einzelverträge zu schließen.

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit mit den Auftraggebern entsprechende Einzelverträge abzuschließen. Der Auftragnehmer kann den Abschluss eines Einzelvertrags verweigern, wenn ihm die Ausführung nicht möglich oder unzumutbar ist. Die Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit ist dem Auftraggeber schriftlich nachzuweisen.

(3) Sofern im Rahmen des vorangegangenen Vergabeverfahrens mehrere Auftragnehmer für das Los ausgewählt worden sind, wählt der Auftraggeber den Auftragnehmer im Wege eines „Kaskadenverfahrens“ (§ 4) aus. Sofern nur ein Auftragnehmer vorhanden ist, erfolgt der Abschluss eines Einzelvertrags (§ 5).

§ 4

Kaskadenverfahren

(1) Der Auftraggeber wählt den Einzelvertragspartner (Auftragnehmer) nach der Rangfolge der wirtschaftlichsten Angebote des vor Abschluss der Rahmenvereinbarung durchgeführten Vergabeverfahrens aus. Die Rangfolge je Los bildet sich nach der höchsten Wertungskennzahl, welche durch die Preis-Quotienten-Methode ermittelt wird. Grundlage hierfür sind

das Konzept zur Qualitätssicherung sowie der Angebotspreis, wie in der Aufforderung zur Angebotsabgabe unter VIII Zuschlagskriterien beschrieben.

(2) Sofern das erstrangige Unternehmen aus einem stichhaltigen Grund die Annahme des Einzelauftrags verweigert, wählt der Auftraggeber in dem Los das nach der Rangfolge zweitrangige Unternehmen aus. Sofern auch dieses Unternehmen die Annahme des Einzelauftrags aus einem stichhaltigen Grund verweigert, wählt der Auftraggeber das in dem Los nach der Rangfolge drittplatzierte Unternehmen aus.

(3) Der Einzelvertrag richtet sich nach den Vorgaben der Vertragsbestandteile i. S. d. § 1 dieser Rahmenvereinbarung. Der Auftragnehmer darf von diesen Vorgaben nicht abweichen. Kommt ein Einzelvertrag zustande, ist der Auftragnehmer an den Preisen seines Angebotes aus dem vor Abschluss der Rahmenvereinbarung durchgeführten Vergabeverfahren gebunden. Der Auftragnehmer darf für den Auftraggeber keine ungünstigeren Bedingungen, insbesondere keine höheren Preise, vorsehen, als in dem Angebot, das dieser Rahmenvereinbarung zugrunde liegt. Soweit in dem Angebot ein Nachlass gewährt wurde, gilt dieser auch für die Einzelverträge als vereinbart.

(4) Der Einzelvertrag kommt zustande, indem der Auftraggeber das nach dem vorstehenden Verfahren ausgewählte Angebot des Auftragnehmers durch die Übermittlung einer Bestellung annimmt. Die Vorgaben des Einzelvertrags werden im SAP-System des Auftraggebers hinterlegt und dem Auftragnehmer als Bestellung übersendet.

§ 5

Zustandekommen von Einzelverträgen bei nur einem Rahmenvertragspartner je Los

Sofern nicht mehrere, sondern nur ein Unternehmen als Rahmenvertragspartner für ein Los vorhanden ist, wählt der Auftraggeber dieses für den Einzelvertrag aus. Der Einzelvertrag richtet sich nach den Vorgaben der Vertragsbestandteile i. S. d. § 1 dieser Rahmenvereinbarung. Der Auftragnehmer darf von diesen Vorgaben nicht abweichen. Der Auftragnehmer darf für den Auftraggeber keine ungünstigeren Bedingungen, insbesondere keine höheren Preise, vorsehen, als in dem Angebot, das dieser Rahmenvereinbarung zugrunde liegt. Soweit in dem Angebot ein Nachlass gewährt wurde, gilt dieser auch für die Einzelverträge als vereinbart. Auftraggeber und Auftragnehmer dürfen jedoch über günstigere

Bedingungen und niedrigere Preise als in dem Angebot, das dieser Rahmenvereinbarung zugrunde liegt, vor dem Zustandekommen eines Einzelvertrags verhandeln. Der Einzelvertrag kommt zustande, indem der Auftraggeber das Angebot des Auftragnehmers durch die Übermittlung einer Bestellung annimmt. Die Vorgaben des Einzelvertrags werden im SAP-System des Auftraggebers hinterlegt und dem Auftragnehmer als Bestellung übersendet.

§ 6

Inhalt und Bedingungen für den Einzelvertrag

(1) Der Gegenstand der Einzelverträge ist die vertraglich vereinbarte Leistung, die in der Leistungsbeschreibung mit Leistungsverzeichnis beschrieben wird, soweit sie in den räumlichen Anwendungsbereich des Rahmenvertrages der entsprechenden Region (Landkreis) fällt.

(2) Bei den Einzelverträgen handelt es sich um Einheitspreisverträge, die Abrechnung erfolgt auf Basis der im Rahmenvertrag vereinbarten oder niedrigeren Einheitspreise (niedriger als die Preise im Rahmenvertrag) anhand der tatsächlich erbrachten Leistungen.

(3) Die Vertragstermine (Ausführungsbeginn, Fertigstellungstermin sowie ausdrücklich als Vertragstermine vereinbarte Zwischentermine) für die Einzelverträge ergeben sich aus dem jeweiligen Einzelvertrag. Vor der Beauftragung mit einem Einzelauftrag ist auf Verlangen des Auftraggebers ein Bauzeitenplan mit Angabe der Ausführungsfristen für die einzelnen Arbeiten abzugeben. Mit den Arbeiten ist innerhalb von 6 Werktagen nach Zugang der Beauftragung zu beginnen. Eine davon abweichende Regelung kann im Einzelvertrag geregelt werden. Eine weitere Voraussetzung für den Zählerwechselbeginn ist, dass der OOWV vor dem Hintergrund der Corona-Krise die Freigabe für den Zählerwechsel erteilt hat.

(4) Die Leistung wird förmlich abgenommen; der Auftragnehmer hat die Abnahme, ggf. auch Teilabnahme (§ 12 Abs. 2 VOB/B), rechtzeitig schriftlich zu beantragen; § 12 Abs. 5 VOB/B gilt nicht.

(5) Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt 4 Jahre. Wenn eine Verjährungsfrist vorstehend nicht angegeben und auch in anderen Vertragsbestandteilen nicht festgelegt ist, sind die Verjährungsfristen nach § 13 Abs. 4 VOB/B maßgebend. In Fällen nach § 13 Abs. 7 Nr. 4 VOB/B gelten die gesetzlichen Verjährungsfristen, wenn sie länger sind.

(6) Soweit nicht anders geregelt, haftet der Auftragnehmer entsprechend den gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich ausreichend gegen Haftpflichtschäden zu versichern und dies auf Verlangen des Auftraggebers nachzuweisen. Die Mindestdeckungssumme für jeden Schadensfall hat zu betragen

- Für Sachschäden: 5.000.000,00 EUR
- Für Personenschäden: 1.000.000,00 EUR

(7) Die Regelungen in § 4 Abs. 8 VOB/B werden wie folgt ergänzt: Auch für jede Vergabe von Leistungen an Nachunternehmer im Sinne des § 4 Abs. 8 Nr. 1 Satz 3 VOB/B ist die vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers einzuholen. Die Zustimmung für solche Vergaben wird erteilt, wenn für den vorgesehenen Nachunternehmer die Eignung nachgewiesen wird, die in dem diesem Vertrag zu Grunde liegenden Vergabeverfahren gefordert wurde. Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass der Nachunternehmer die ihm übertragenen Leistungen nicht weitervergibt, es sei denn, der Auftraggeber hat zuvor schriftlich zugestimmt. Der Auftraggeber hat die Möglichkeit, auch ohne Angabe von Gründen die Zustimmung zu verweigern.

(8) Der Auftraggeber ist berechtigt, den Einzelvertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Neben den in § 8 Abs. 2 und Abs. 3 VOB/B genannten Gründen liegt ein wichtiger Grund insbesondere vor, wenn der Auftragnehmer eine schwere Verfehlung begangen hat.

(9) Die Abrechnung der Wechselleistung und des Materials erfolgt über die tatsächlich durchgeführten Zählerwechsel. Jede Rechnung muss mindestens die Bezeichnung der zugrundeliegenden Rahmenvereinbarung, die Bezeichnung der Bestellung des Einzelvertrags und die Bestellnummer des Auftraggebers enthalten. Die Rechnungen müssen nach den angefallenen Positionen aufgestellt werden. Die vereinbarten Preise sind Nettopreise; die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer ist nicht enthalten. Die Preise der Angebote, die dieser Rahmenvereinbarung zugrunde liegen, sind Festpreise für die Dauer der Vertragslaufzeit und der verlängerten Vertragslaufzeit. Eine Preisgleitklausel wird nicht vereinbart.

(10) Mit den Einheitspreisen des Leistungsverzeichnisses sind alle in Frage kommenden tariflichen Lohn- und Lohnnebenkosten abgegolten. Eine gesonderte Bezahlung von Trennungsentschädigungen, Wegegeldern, Reisekosten für Heimfahrten und sonstigen Lohnzulagen erfolgt nicht. Zuschläge für nicht gesondert angeordnete Überstunden, Nachtstunden, Sonntags- oder Feiertagsstunden werden nicht bezahlt.

Für nachträglich erkannte, zuvor nicht absehbare Erschwernisse und Mehraufwendungen ist unaufgefordert ein Nachtragsangebot einzureichen. Mit der Ausführung dieser Arbeiten darf

erst nach Genehmigung des Nachtragsangebotes durch den Auftraggeber begonnen werden. Außervertragliche Arbeiten, für die bis zum Zeitpunkt der Ausführung kein Nachtragsangebot vorliegt, werden nicht vergütet. Ausgenommen hiervon sind nur die Fälle, die den Ablauf der Arbeiten beeinträchtigen und eine sofortige Entscheidung auf der Baustelle erfordern. Für diese Fälle muss bis spätestens drei Tage nach Beginn der Arbeiten das Nachtragsangebot vorliegen.

(11) Abschlagsrechnungen sind monatlich auf Grundlage einer vom Auftraggeber erstellten Liste der tatsächlich durchgeführten Zählerwechsel einzureichen. Alle Rechnungsbelege sind prüfungsfähig und im Original einzureichen. Abschlags- und Schlussrechnungen sind in zweifacher Ausfertigung - getrennt nach Auftragsnummer und Bestellnummer - vorzulegen.

§ 7

Vertragsvolumen

Für den Fall des vollständigen Abrufs der Lieferungen und Leistungen aus der Rahmenvereinbarung beträgt die Gesamtzahl an Zählerwechseln für das entsprechende Los ca.:

1) Los 1	Landkreis Vechta –	
	Stadt Lohne (Region 1)	8.440 Stück
	gesamt	8.440 Stück
=====		

§ 8

Vertragslaufzeit und Kündigung des Rahmenvertrags

(1) Diese Rahmenvereinbarung tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft und gilt bis zum 31.05.2027. Die Wasserzählerwechsel sind bis zum **31.03.2027** abzuschließen.

(2) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung der Rahmenvereinbarung aus wichtigem Grund bleibt vorbehalten. Ein wichtiger Kündigungsgrund ist für den Auftraggeber insbesondere die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten sowie die Einstellungen der Leistungen sowie die Zahlungseinstellung des Auftragnehmers oder die Beantragung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers. Eine Kündigung

aus wichtigem Grund hat bis vier Wochen nach Kenntnis über die zur Kündigung berechtigenden Umstände zu erfolgen. Die Kündigung hat schriftlich per Einschreiben zu erfolgen.

§ 9

Zuständigkeiten

(1) Der Auftragnehmer benennt vor Beginn der Durchführung der Wasserzählerwechsel einen Koordinator und einen Vertreter. Der Koordinator steht dem Auftraggeber als Ansprechpartner zur Verfügung. Der Koordinator beschafft die für die Durchführung der Wasserzählerwechsel erforderlichen Unterlagen und Vordrucke und veranlasst den erforderlichen Personaleinsatz des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der einschlägigen rechtlichen, sowie technischen Vorschriften und Regelwerke in der jeweils gültigen Fassung. Bei der Durchführung des Auftrages erfolgen keine verbotenen bzw. nicht im Rahmen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes genehmigten Arbeitnehmerüberlassungen.

(2) Der Auftraggeber benennt einen Beauftragten, der für den Kontakt zum Auftragnehmer, sowie für die Abnahme vertragsgemäß erbrachter Leistungen verantwortlich ist. Die erforderlichen technischen Mobilfunkgeräte für den Zählerwechsel sind lt. technischen Vorgaben des Auftraggebers in der Leistungsbeschreibung durch den Auftragnehmer bereitzustellen. Der Internetzugang zum Wechselprogramm des Auftraggebers wird für den Auftragnehmer durch den Auftraggeber freigeschaltet. Erforderliche Formulare und Vordrucke werden vom Auftraggeber kostenlos zur Verfügung gestellt. Nutzungs- und Verwertungsrechte an allen Formularen und Vordrucken verbleiben beim Auftraggeber.

(3) Als Mitarbeiter im Sinne dieses Vertrages gelten nur Betriebsangehörige des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer wird seine Mitarbeiter, sowie ggf. eingesetzte Nachunternehmer, im erforderlichen Umfang zur Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrages verpflichten und deren Einhaltung überwachen. Der Auftraggeber hat gegenüber den Mitarbeitern, sowie gegenüber ggf. eingesetzten Nachunternehmern des Auftragnehmers keine Weisungsbefugnis. Beanstandungen im Rahmen der Erfüllung des Leistungsverzeichnisses sind dem Koordinator schriftlich in Papierform mittels Brief, per Fax oder per E-Mail anzuzeigen und mit diesem zu klären. Bei Verstößen einer der Mitarbeiter des Auftragnehmers oder seines Nachunternehmers gegen Bestimmungen dieses Vertrages kann der Auftraggeber verlangen, dass dieser Mitarbeiter oder das Nachunternehmen von dem, dem Vertrag zugrundeliegenden Auftrag unverzüglich abgezogen und dessen Arbeiten durch

einen anderen Mitarbeiter des Auftragnehmers oder einen anderen Nachunternehmer entsprechend der vertraglichen Bestimmungen erledigt werden. Der Auftragnehmer bleibt für die Unterweisung und Beaufsichtigung seiner Mitarbeiter, sowie eines ggf. eingesetzten Nachunternehmers verantwortlich. Soweit technisch oder aus organisatorischer Sicht erforderlich, werden die Mitarbeiter des Auftragnehmers durch den Beauftragten des Auftraggebers eingewiesen.

(4) Die erforderlichen Ausweise für die Mitarbeiter des Auftragnehmers werden vom Auftraggeber, nach schriftlicher Anforderung durch den Auftragnehmer, zur Verfügung gestellt. Die Anforderung hat schriftlich per E-Mail und rechtzeitig, mindestens eine Woche vor Einsatz des Mitarbeiters, durch den Auftragnehmer zu erfolgen. Ein Einsatz von Mitarbeitern des Auftragnehmers ohne gültigen Ausweis des Auftraggebers zur Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistung ist nicht gestattet. Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber die zur Anfertigung der Ausweise benötigten Daten und Lichtbilder seiner Mitarbeiter zur Verfügung. Bei der Lichtbilderstellung durch den Auftragnehmer ist auf eine gute Qualität, einen hellen Hintergrund und ein freundliches Erscheinungsbild der Mitarbeiter zu achten. Genauere Festlegungen zur Ausweiserstellung und -nutzung werden über ein gesondertes Schreiben nach Auftragserteilung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer vereinbart.

§ 10

Werbung

Werbung auf der Baustelle bzw. Einsatzbereich ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

§ 11

Sicherheit für die Vertragserfüllung

Soweit die Auftragssumme eines Einzelauftrags mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten (§ 17 VOB/B).

§ 12

Datenschutz und Informationssicherheit

(1) Der Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind verpflichtet, alle personenbezogenen Daten des Auftraggebers und dessen Geschäftspartner (Kunden) vertraulich zu behandeln und außerhalb der Zweckverbindung dieses Vertrages weder zu erheben, noch zu verarbeiten oder zu nutzen (Datengeheimnis). Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Mitarbeiter auf das Datengeheimnis zu verpflichten. Der Auftragnehmer ist weiterhin verpflichtet, die technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung des Datengeheimnisses zu schaffen (Art. 32 DSGVO). Der Auftragnehmer hat die den Vergabeunterlagen beiliegende Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung zu unterzeichnen.

(2) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, ohne schriftliche Einwilligung des Auftraggebers Warenzeichen, Dienstleistungsmarken oder die Firmenbezeichnung des Auftraggebers zu benutzen oder im Zusammenhang mit Erzeugnissen, Leistungen, Akquisition, Werbung oder Veröffentlichungen auf den Auftraggeber Bezug zu nehmen.

§ 13

Zurückbehaltungsrechte, Aufrechnung in Rahmenvereinbarung/Einzelverträgen

Der Auftragnehmer ist zur Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts gemäß § 273 BGB bzw. zur Aufrechnung bei Forderungen aus verschiedenen Einzelverträgen nur dann berechtigt, wenn seine Gegenforderung unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

§ 14

Streitigkeiten, Gerichtsstand in Rahmenvertrag/Einzelverträgen

Liegen die Voraussetzungen einer Gerichtsstandsvereinbarung nach § 38 ZPO vor, wird als Gerichtsstand Brake vereinbart.

§ 15

Schriftform

Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf dieses Schriftformerfordernis.

§ 16

Schlussbestimmung

Sollten Bestimmungen dieser Rahmenvereinbarung ganz oder teilweise nichtig, rechtsunwirksam oder undurchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit dieses Vertrages im Übrigen nicht berührt werden. Das Gleiche gilt, soweit sich in der Vereinbarung eine Lücke herausstellen sollte. An Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung oder zur Ausfüllung der Lücke werden die Partner eine angemessene Regelung treffen, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vertragspartner gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt haben würden, soweit sie bei Abschluss des Vertrages den Punkt bedacht hatten.